

**(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)**

sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Ich frage nach den Gegenstimmen. Die Gegenstimmen kommen aus der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Eine Mehrheit hat die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Nun kommen wir zum Überweisungsantrag an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Ich frage nach den Gegenstimmen. Das sind die Stimmen aus der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Eine Mehrheit hat auch diese Ausschussüberweisung abgelehnt.

Demzufolge, weil die Ausschussüberweisung abgelehnt worden ist, stimmen wir direkt über diesen Alternativantrag ab. Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der FDP-Fraktion. Ich frage nach den Gegenstimmen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU. Ich frage nach den Stimmenthaltungen. Das sind die Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist festzustellen, dass dieser Antrag abgelehnt worden ist.

Ich schließe jetzt den Tagesordnungspunkt 13. Bevor wir in die Mittagspause bis 13.35 Uhr eintreten, bitte ich folgenden Hinweis an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses zu beachten: Diese treffen sich in 5 Minuten im Raum F 202.

**Vizepräsident Gentzel:**

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**

**Fragestunde**

Wir beginnen mit der Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/7163.

**Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Situation in der Thüringer Polizeischule

Zu den Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei gehören die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, und das Bildungszentrum in Meiningen. Das Bildungszentrum ist für die Einstellung von Anwärtern im Vorbereitungsdienst der Polizei und für die Laufbahnausbildung des mittleren Polizeivollzugsdienstes zuständig. Ihm obliegt darüber hinaus die Fortbildung für alle Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes. Mit den Bildungseinrichtungen wird somit zum einen engagierten Polizistinnen und Polizisten die Chance auf ein

lebenslanges Lernen geboten. Zum anderen wird jungen Schulabsolventinnen und -absolventen der Einstieg in den Polizeidienst ermöglicht. Ihnen gilt es die besten Bedingungen für die Aus- und Weiterbildung zu garantieren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Anzahl von krankheitsbedingten Ausfalltagen pro Jahr und Beschäftigtem sowohl im Bildungszentrum als auch in der Fachhochschule entwickelt (bitte den relativen sowie auch absoluten Wert angeben)?
2. Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Anzahl von Disziplinarverfahren gegen Mitarbeiter des Bildungszentrums und der Fachhochschule entwickelt (bitte den relativen sowie auch absoluten Wert angeben)?
3. Wie viele disziplinarrechtliche oder strafrechtliche Ermittlungen sind bisher gegen den Leiter des Bildungszentrums Meiningen und parallel amtierenden Fachbereichsleiter Polizei an der Fachhochschule mit welchen Ergebnissen eingeleitet worden (bitte nach Tatbestand, Jahr und Ergebnis aufschlüsseln)?

**Vizepräsident Gentzel:**

Für die Landesregierung antwortet der Staatssekretär im Innenministerium. Herr Rieder, bitte.

**Rieder, Staatssekretär:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Adams beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die nachgefragten Werte liegen derzeit für die Zeit bis zum 31.12.2012 vor. Da Zahlen für 2013 frühestens Ende Februar 2014 verfügbar sind, berichte ich über den Zeitraum vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2012. Im Kalenderjahr 2008 waren im Bildungszentrum insgesamt 4.730 Krankentage und eine Krankenquote von 7,61 Prozent zu verzeichnen. Im Fachbereich in der Fachhochschule fielen 1.015 Tage an und die Quote betrug 8,43 Prozent. In 2009 waren es im BZ insgesamt 6.770 Tage und eine Krankenquote von 10,54 Prozent. In der Fachhochschule gab es im gleichen Zeitraum 624 Krankentage und eine Quote von 5,18 Prozent. Für das Jahr 2010 ergaben sich im BZ 6.365 Tage und eine Quote von 9,04 Prozent. In der Fachhochschule waren es 907 Tage und 6,9 Prozent. In 2011 hatte das Bildungszentrum 3.684 Krankentage und damit eine Quote von 5,2 Prozent, während die Fachhochschule auf 1.130 Tage und 8,84 Prozent kam. Schließlich lag in 2012 die Zahl der Krankentage am BZ bei 4.894 und die Krankenquote bei 7 Prozent. Die Fachhochschule hatte während dieser Zeit in Meiningen 1.638 Tage und eine Quote von

**(Staatssekretär Rieder)**

14,44 Prozent. Diese Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die Bediensteten. Studenten oder Lehrgangsteilnehmer sind nicht mit erfasst. Beim Vergleich der Krankenquote ist zu berücksichtigen, dass nach dem aktuellen Organisations- und Dienstpostenplan das BZ 193 und die Fachhochschule 37 Bedienstete hat.

Zu Frage 2: Aufgrund der Verwertungs- bzw. Löschungsfristen nach dem Thüringer Disziplinargesetz sind statistisch aussagefähige Zahlen über geführte Disziplinarverfahren lediglich für die Kalenderjahre 2011 bis 2013 verfügbar. So wurden durch das BZ im Jahr 2011 insgesamt 21 Disziplinarverfahren eingeleitet, an der Fachhochschule keins. 2012 waren es acht Verfahren im Bildungszentrum, an der Fachhochschule wiederum keins. In 2013 gab es sechs Neueinleitungen im BZ und eines an der Fachhochschule.

Zu Frage 3: Zu einzelnen Personalien werden aus Gründen des Datenschutzes grundsätzlich keine Auskünfte gegeben.

**Vizepräsident Gentzel:**

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

**Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sind der Landesregierung jenseits von Disziplinarverfahren Klagen und Beschwerden aus den Reihen der Bediensteten des Bildungszentrums wie auch der Fachhochschule bekannt über schlechte Arbeitsbedingungen, schlechtes Arbeitsklima?

**Rieder, Staatssekretär:**

Es ist bekannt, dass es einige Meinungsverschiedenheiten gibt; aber was man nicht machen kann, wenn Sie das mit Ihrer Frage andeuten sollten, die Meinungsverschiedenheiten einer einzelnen Person in die Schuhe schieben.

**Vizepräsident Gentzel:**

Und dann die letzte Frage durch den Fragesteller.

**Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Nachfrage zu Ihrer Antwort: Wie kommen Sie darauf, dass jemandem etwas einzeln in die Schuhe geschoben werden soll?

**Rieder, Staatssekretär:**

Das entnehme ich Ihrer Frage 3. Deutlicher geht es ja kaum noch.

**Vizepräsident Gentzel:**

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Wir machen weiter mit der Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Frau Jung von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/7164.

**Abgeordnete Jung, DIE LINKE:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Seniorenbericht Thüringen

Am 15. Januar 2014 hat das Organisationsberatungsinstitut Thüringen, ORBIT, im Sozialministerium den Abschlussworkshop zum „Seniorenbericht“ durchgeführt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welchen Beteiligten hat der Abschlussworkshop stattgefunden?
2. Wurden der Landesseniorenrat oder andere Verbände oder Organisationen in die Erarbeitung des Seniorenberichtes einbezogen bzw. inwieweit können diese oder konnten diese Stellungnahmen abgeben?
3. Wann wird der Seniorenbericht fertiggestellt und den Abgeordneten zugeleitet?
4. Ist eine öffentliche oder parlamentarische Debatte zum Seniorenbericht geplant?

**Vizepräsident Gentzel:**

Für die Landesregierung antwortet der Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Herr Dr. Schubert, bitte.

**Staatssekretär Dr. Schubert:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jung wie folgt:

Um die Lebenslagen der älteren Generation in Thüringen noch genauer zu ermitteln, wurde im Koalitionsvertrag die Erstellung eines Seniorenberichtes vereinbart. Die Koalitionspartner einigten sich im Jahr 2009 darauf, dass die Landesregierung in jeder Legislaturperiode einen Seniorenbericht vorlegt. Mit der Erstellung des Thüringer Seniorenberichtes wurde das Organisationsberatungsinstitut Thüringen ORBIT e.V. beauftragt.

Zu Frage 1: Am 15. Januar 2014 hat der Abschlussworkshop stattgefunden. Dabei wurden die ersten Auswertungsergebnisse der von ORBIT e.V. durchgeführten Befragung vorgestellt und mit den Teilnehmern diskutiert. Eingeladen zu dieser Veranstaltung waren unter anderem die Teilnehmer des Auftaktworkshops. Das sind unter anderem die Landesseniorenvertretung Thüringen gewesen,